

Tatsachenbericht pailote plage SUD

Erinnerung an die Fakten

2015 errichtete die SAS EURONAT auf der Düne in der 100-Meter-Zone zum Meer ein Restaurant und verstieß damit gegen das Städtebaurecht, den Plu und das Küstengesetz.

Dieses Grundstück wurde der SAS EURONAT von der Gemeinde Grayan und dem Krankenhaus durch einen Baupachtvertrag aus dem Jahr 1975 anvertraut, der noch immer gültig ist.

Herr Gilles de Bohan und Herr Denis Bouzon, denen die Einhaltung der Gesetze der Republik und die ökologische Qualität der Düne besonders am Herzen liegen, ließen ihren Anwalt an den Bürgermeister der Gemeinde Grayan schreiben und ihn bitten, von seinen polizeilichen Befugnissen Gebrauch zu machen, um diese illegale Einrichtung zu schließen.

Dokument Nr. 2 Brief der Kanzlei LVI

an den Bürgermeister

Dieses perfekt dokumentierte Dokument lässt keinen Zweifel daran, dass es sich um eine flagrante Straftat handelt.

Unser Anwalt schickt auch eine Kopie des Schreibens an die Präfektur/.

Dokument Nr. 3: Kopie des Briefes an den Präfekten

Anstatt von seinen polizeilichen Befugnissen Gebrauch zu machen, wie es seine Pflicht gewesen wäre, antwortete der Bürgermeister, dass er die Akte an den Staatsanwalt schicken würde. Der Bürgermeister schickte der Staatsanwaltschaft die Anhörung, die er im Rathaus durchgeführt hatte und deren Inhalt unbekannt ist, aber er hütete sich davor, die Akte unseres Anwalts zu schicken, die alle festgestellten Verstöße aufzeigt.

Raum Nr. 4

Zur großen Überraschung der Kläger stellte der Staatsanwalt, der die Gesetze der Republik durchsetzen soll, den Fall ohne weitere Maßnahmen ein.

Wir werden aus dem Bericht der regionalen Rechnungskammer im Jahr 2022 erfahren, dass der Bürgermeister aufgrund von Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und dem Staatsanwalt nach sehr fragwürdigen Gründen gesucht hat, um das Vorhandensein dieses Restaurants zu rechtfertigen.

Dokument Nr. 4 Bericht der regionalen Rechnungskammer

Die Regionalkammer schreibt unter Titel 8 4 3 :

"Vor 2020 hatte der ehemalige Bürgermeister den Betreibern des Restaurants mehrere Genehmigungen erteilt, ohne jemals die Einstufung des Grundstücks im PLU als Naturgebiet zu erwähnen, das nicht für die Aufnahme von Gastronomiebetrieben geeignet ist. In einem Brief vom Januar 2016 an einen

Anwohner des EURONAT-Zentrums, der darum bat, die Illegalität der Einrichtung feststellen zu lassen, stellte er die erteilten Genehmigungen als Folge der Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft nach einer Anzeige dar, die er selbst am 30. Juli 2015 vorgenommen hatte. Aus dem mit dem Staatsanwalt geführten Schriftwechsel geht hervor, dass die Einstellung des Verfahrens auf seinen Antrag hin erreicht wurde, indem ein rückwirkender Gemeinderatsbeschluss zur Genehmigung der Tätigkeit erlassen wurde, und gegen die Verpflichtung des Betreibers, die Gebäude am Ende jeder Saison zu entfernen, eine Bedingung, die offenbar immer noch erfüllt wird."

Die Kammer war offensichtlich erstaunt, dass ein so offensichtliches Vergehen, das dem Bürgermeister und dem Präfekten zur Kenntnis gebracht worden war, von der Staatsanwaltschaft ohne weitere Maßnahmen eingestellt werden konnte. Sie setzte sich mit dem Staatsanwalt in Verbindung, um eine Erklärung zu erhalten. Der Bericht der Kammer unterstreicht deutlich die festgestellten Anomalien, die das Gemeindeteam in Frage stellen.

Es wird sehr deutlich, dass das Gemeindeteam von Herrn Laporte alles getan hat, um die Aufrechterhaltung dieses illegalen Restaurants, das von der SAS EURONAT gegründet und betrieben wird, zu ermöglichen.

Zunächst, indem er seine polizeilichen Befugnisse nicht nutzte, um das Restaurant sofort zu schließen, erlaubte er den Betrieb während der gesamten Saison 2015.

Indem er dem Staatsanwalt seine Anhörung des Täters mit unbekanntem Inhalt schickte, ohne das Schreiben unseres Anwalts mit allen Aktenstücken beizufügen, ermöglichte er es dem Staatsanwalt nicht, von den zahlreichen Straftaten Kenntnis zu nehmen.

Anschließend kontaktierte er den Staatsanwalt und forderte ihn unter verschiedenen Vorwänden, die von der Kammer bestritten wurden, auf, die Akte ohne weitere Maßnahmen zu schließen. Anschließend erteilte er Betriebsgenehmigungen, die von der regionalen Rechnungskammer angefochten wurden.

Das juristische Spiel war raffiniert. Der Bürgermeister schickte die Anzeige an den Staatsanwalt zurück, ohne sie zu dokumentieren, und forderte dann den Staatsanwalt auf, das Verfahren einzustellen.

Man musste daran denken, um den Staatsanwalt und die Kläger zu täuschen, die sich verständnislos der Einstellung des Verfahrens unterwarfen.

Der Bürgermeister und sein Team haben sich der Komplizenschaft bei den zahlreichen Verstößen schuldig gemacht, die von La SAS EURONAT... begangen wurden.

Als Frau Legrand 2020 als Nachfolgerin von Herrn Laporte zur Bürgermeisterin gewählt wurde, forderte die Präfektin sie in einem Schreiben vom 27.07.2020 auf, ihre Polizeibefugnisse geltend zu machen.

Dies wurde getan, reichte aber nicht aus, um das Restaurant zu schließen, da in der Zwischenzeit die SAS EURONAT ihren Betrieb an Herrn ORTEGA abgetreten hatte, der den Betrieb unter Berufung auf die von Herrn Laporte erteilten Vereinbarungen fortführte.

Es war notwendig, dass Frau Legrand die von Herrn Laporte gegebenen Vereinbarungen durch einen Erlass vom 6 /08/2021 kündigte, damit das Restaurant schließlich Ende 2021 geschlossen und abgebaut werden konnte.

Die SAS EURONAT focht den Erlass daraufhin vor dem Verwaltungsgericht an.

Gleichzeitig gab die SAS EURONAT den Namen von Herrn de Bohan an die Öffentlichkeit weiter und sagte, dass die SAS EURONAT keine Verantwortung in dieser Angelegenheit trage, obwohl es die SAS EURONAT war, die die Strohütte auf dem Grundstück errichtete, das ihr im Rahmen eines Baupachtvertrags anvertraut worden war.

Stück Nr.

Herr de Bohan erhielt zahlreiche Drohungen im Internet und musste bei der Gendarmerie Anzeige erstatten, damit diese Belästigung aufhörte.

Münzen Nr.

Obwohl diese Art von Belästigung zu verurteilen ist, wurde ihre Anzeige von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Im Urteil des Verwaltungsgerichts ist es erstaunlich, auf Seite 2 zu lesen

"Mit einer am 15. September 2023 eingetragenen Klagebeantwortung hat der Präfekt der Gironde beantragt, dass er aus dem Verfahren ausgeschlossen wird, da der Staat kein Beklagter ist in dieser Instanz".

Der Bürger wundert sich, dass der Präfekt sich nicht um die Anwendung der Gesetze der Republik und um seine eigenen Anweisungen, die er an Frau Legrand geschickt hat, kümmert.

Wer soll das Gesetz durchsetzen, wenn der Präfekt kein Interesse daran hat?
Da der Staat nicht Beklagter war, musste er nicht Kläger sein?

Die Regionalkammer bestätigt unter Titel 8.4.3, dass die Präfektin Frau Legrand in einem Schreiben vom 27.07.2020 aufgefordert hat, dieses illegale Restaurant schließen zu lassen.

Das Zimmer schreibt auch :

" Dieser Forderung wurde nachgekommen. Doch das daraufhin erstellte Protokoll, das am 29. September 2020 an die Staatsanwältin der Republik und die Präfektin geschickt wurde, hielt das Restaurant nicht davon ab, sich 2021 wieder niederzulassen. Um die Unregelmäßigkeit zu beheben, und nachdem mehrere andere Entscheidungen erfolglos geblieben waren, erließ die Bürgermeisterin am 20. Dezember 2021 eine neue Verordnung, mit der sie die Vereinbarung über die

Nutzung des öffentlichen Bereichs vom 16. Juni 2019 zwischen dem neuen Besitzer des Restaurants und der ehemaligen Bürgermeisterin kündigte. Der neue Eigentümer beantragte daraufhin beim Verwaltungsrichter im Wege einer einstweiligen Verfügung (référé-suspension), die Vollstreckung dieses Erlasses, der ihn seiner Tätigkeit beraubte, dringend zu verhindern. Mit Beschluss vom 21. April 2022 lehnte ein Richter des Verwaltungsgerichts Bordeaux seinen Antrag ab."

Die Kammer stellt fest, dass SAS EURONAT das Kunststück vollbracht hat, ein illegales Restaurant zu veräußern, das den Dienststellen des Präfekten und der Staatsanwaltschaft wohlbekannt ist.

Die Kammer stellt außerdem fest, dass die SAS EURONAT mit der Komplizenschaft des ehemaligen Gemeinderats unter der Leitung von Herrn Laporte alle rechtlichen Mittel genutzt hat, um den Gesetzen der Republik zu entgehen.

So viel juristisches Know-how, das eingesetzt wird, um dem Gesetz zu entgehen, ist Rechtsmissbrauch und muss mit äußerster Härte bestraft werden.

So konnte dieses Restaurant von 2015 bis 2021 ungestraft illegal arbeiten, ohne eine der gesetzlich vorgesehenen Strafen zu zahlen.

Das Verwaltungsgericht lehnte die Anträge der SAS EURONAT am 14/02/2024 unter der Nr. 2106497 ab.

SAS EURONAT legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Die im Januar 2024 gewählte Gemeindevertretung setzte das alte Team, das seit 2015 über SAS EURONAT berichtet hatte, wieder an die Spitze der Gemeinde. Sie hat gerade am 26. Juli 2024 für eine Vereinbarung gestimmt, dass der Steuerzahler eine Entschädigung in Höhe von 80.000 € an Herrn ORTEGA zahlen soll, der sein illegales Geschäft von der SAS EURONAT gekauft hatte.

Herr Ortega konnte weder den Plu, noch den Scot, noch das Küstengesetz ignorieren, als er dieses illegale Geschäft kaufte. Er konnte auch die Nutzungsordnung nicht ignorieren, die Geschäfte außerhalb des Einkaufszentrums verbietet.

Die einstweilige Verfügung des Verwaltungsrichters vom 21.04.2022 hat diesen Streit bereits entschieden, wie die Regionalkammer auf Seite 51 berichtet, auf die unten verwiesen wird, indem sie die Klage von Herrn Ortega abgewiesen hat.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der neue Bürgermeister Herrn Ortega diese Zulagen auf Kosten der Steuerzahler gewährt.

Seine Forderung nach einer Entschädigung an die Gemeinde ist daher nicht gerechtfertigt. Er sollte sich ausschließlich an die SAS EURONAT wenden, die ihm dieses illegale Geschäft überlassen hat.

Es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers von Grayan, für die zahlreichen Fehler zu bezahlen, die von der SAS EURONAT mit der Komplizenschaft des ehemaligen Bürgermeisters begangen wurden.

Der einfache Bürger hofft, dass der Präfekt der Gironde in der Berufung den Erlass unterstützt, der den seit Juli 2015 illegalen Zustand beendet hat.

In dieser Form liegt der Fall dem Verwaltungsberufungsgericht vor.